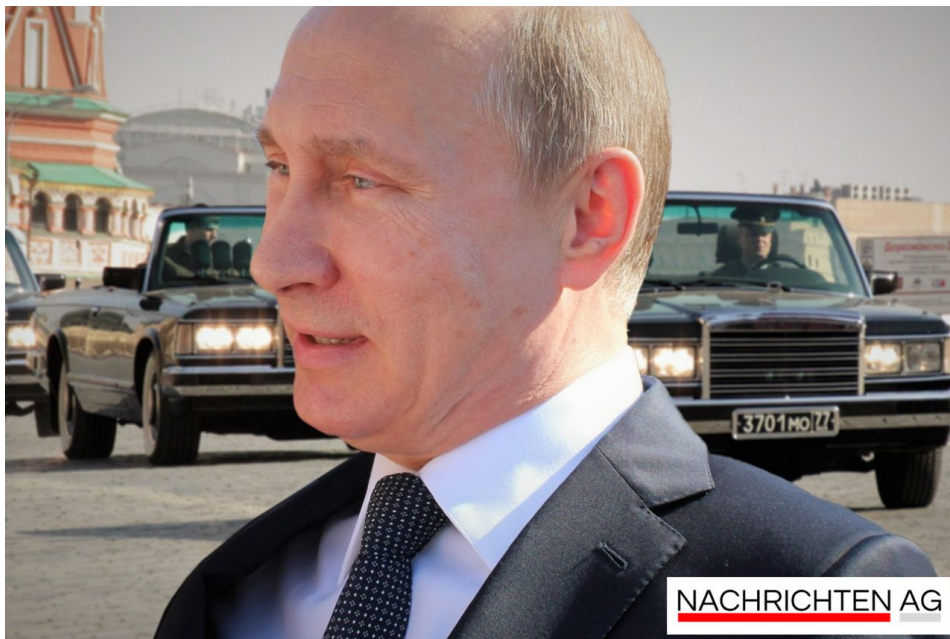


Putins Öl-Partner in Gefahr: USA planen 500% Zölle!

Die USA planen neue Sanktionen gegen Russland, während die Akzeptanz von Sterbehilfe in Deutschland hoch bleibt.
Details zu den Entwicklungen.



USA - Die USA stehen vor der Einleitung neuer Sanktionen gegen Russland, um den Druck auf den Kreml zu erhöhen. Ein entsprechendes Gesetz, das unter anderem hohe Zölle auf Partnerländer des Kremls einführen könnte, befindet sich aktuell in Arbeit. Dies berichtet [fr.de](#).

Nachdem die EU bereits im Mai 2025 ein 17. Sanktionspaket verabschiedete, jedoch ohne Zustimmung der USA, formulierte der US-Senat unter der Leitung von John Thune Pläne, die neuen Regelungen bis Ende Juni 2025 auf den Weg zu bringen. Ursprünglich hatte Präsident Donald Trump sich gegen eine Ausweitung der Sanktionen ausgesprochen, doch die Kehrtwende in seiner zuvor russlandfreundlichen Politik könnte

nun realisiert werden.

Geplante Maßnahmen und Auswirkungen

Die geplanten neuen Zölle von bis zu 500 Prozent richten sich vor allem gegen Länder wie Indien und China, die als Ersatzmärkte für russische Waren agieren. Diese Zölle sollen speziell auf den Import von russischem Öl, Gas und Uran abzielen. Ausnahmen sind allerdings für Länder vorgesehen, die der Ukraine Unterstützung leisten, was von Senator Lindsey Graham als moralische Notwendigkeit betont wurde.

Während die USA sich also weiter auf eine Konfrontation mit Russland zubewegen, zeigt eine Umfrage von [infratest-dimap.de](https://www.infratest-dimap.de), dass nur 19% der Deutschen eine Ausweitung der Sanktionen unterstützen. Die Mehrheit, etwa 43%, betrachtet die bestehenden Maßnahmen als angemessen, während 27% für eine vollständige Aufhebung plädieren. Besonders in den östlichen Bundesländern ist der Wunsch, die Sanktionen aufzuheben, mit 38% ausgeprägter als in den westlichen Bundesländern (23%).

Globale Perspektiven

Die Herausforderung der Sanktionen gegen Russland hat weitreichende globale Implikationen. Expertisen von [swp-berlin.org](https://www.swp-berlin.org) weisen darauf hin, dass Russlands militärische Aggression gegen die Ukraine bereits globale Nahrungsmittelversorgung gefährdet. Während humanitäre Sektoren von den Sanktionen in der Regel ausgenommen sind, könnten diese dennoch potenziell zu Versorgungslücken führen, sollte der Export von Agrarprodukten weiter eingeschränkt werden.

Die Europäische Union hat im Rahmen ihrer Sanktionspolitik keine direkten Agrarsanktionen verhängt, sondern setzt auf indirekte Maßnahmen, wie das Verbot von Düngemittelimporten aus Russland, um zu verhindern, dass Belarus von diesen

Geschäften profitiert. Auch auf die Einfuhrquoten wurde großer Wert gelegt, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und Preisstabilität zu fördern.

Die Intensität der Sanktionen und deren potenziellen Auswirkungen auf Drittländer stehen im Fokus der internationalen Gemeinschaft. Es bleibt abzuwarten, wie die USA, die EU und andere Länder mit den ökonomischen und humanitären Herausforderungen umgehen, um das geopolitische Gleichgewicht nicht weiter zu gefährden.

Details	
Vorfall	Sanktionen
Ort	USA
Quellen	• www.fr.de • www.infratest-dimap.de • www.swp-berlin.org

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net